

PROTOKOLL DER SITZUNG DES STADTRATES

Montag, 26. Mai 2008, 19.00 Uhr, im Gemeindesaal, Kirchbühl 23

Die Sitzung wurde unter Angabe der Traktanden durch Publikation im Amtsanzeiger für Burgdorf und Umgebung Nr. 20 und 21 vom 15. und 22. Mai 2008 bekannt gemacht.

Die Mitglieder des Stadt- und Gemeinderates wurden überdies durch Zustellung der Traktandenliste und der übrigen Sitzungsunterlagen zur Sitzung eingeladen.

Zur Sitzung sind erschienen:

Präsident	Herr Rauch Wilhelm
Stimmzähler	Herr Rosser Bruno und Frau Rüfenacht Andrea
Mitglieder des Stadtrates	Damen und Herren Aeschlimann Martin, Bachmann Véronique, Bär Walter, Berger Stefan, Biedermann Peter, Buser Madeleine, Dätwyler Käthy, Dubach Roland, Eberhard Werner, Friedli Daniel, Grimm Christoph, Gübeli Thomas, Haller Dieter, Heimgartner Gaby, Ingold Rolf, Jakob Beat-U., Jost Christine, Keller Hansjörg, Leibundgut Remo, Lerch Sabine, Mumenthaler Mirjam, Mumenthaler Regina, Muster Adrian, Penner Nadaw, Probst Andrea, Rappa Francesco, Rascher Barbara, Reusser Gabriele, Ritter Michael, Rutschmann Gabriela, Schächli Evelyne, Wenger Peter und Wyss Christoph
Entschuldigt	Damen Caesar Priska, Gfeller Andrea und Schwertfeger Doris, Herr Baumann Walter
Mitglieder des Gemeinderates	Damen und Herren Haldimann Franz, Kolb Martin, Kummer Hugo, Rechner Beatrix, Wisler Albrecht Annette und Zäch Elisabeth
Entschuldigt	Herr Urech Peter
Stadtschreiber	Herr Schenk Roman
Auskunftsperson	-
Protokoll	Frau Henzi Brigitte

TRAKTANDENLISTE

1. Genehmigung des Protokolls der Stadtrats-Sitzung vom 21. April 2008	Seite	3
2. Informationen des Stadtratspräsidenten	Seite	3
3. Informationen aus dem Gemeinderat	Seite	3
4. Revision Gebührenreglement für das Bau-, Gewässerschutz- und Reklamebewilligungsverfahren der Stadt Burgdorf vom 26. Februar 1991	Seite	4
5. Schulanlage Gsteighof, Sanierung Aussensportanlage; Ausführungskredit	Seite	5
6. Sanierung und Schulwegsicherung Brunnmattstrasse/Einschlagweg Sanierung Stadtentwässerung Brunnmattstrasse/Einschlagweg (Burgdorf Süd 3. Baulos)	Seite	7
7. Konzept „Neues Pro Burgdorf“; Orientierung	Seite	10
8. Motion EVP-Fraktion betreffend Tempo-30-Zonen in den Wohnquartieren	Seite	10
9. Verschiedenes und Unvorhergesehenes	Seite	13

* * *

V e r h a n d l u n g e n

Appell

Der durch die Stimmzählerin Rüfenacht Andrea durchgeführte Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 36 Mitgliedern des Stadtrates.

Der Rat ist beschlussfähig.

Traktandenliste

Es erfolgen keinerlei Änderungsanträge.

1. Genehmigung des Protokolls der Stadtrats-Sitzung vom 21. April 2008

Es werden keine Bemerkungen gemacht.

Der Stadtrat genehmigt einstimmig das Protokoll der Stadtrats-Sitzung vom 21. April 2008.

2. Informationen des Stadtratspräsidenten

Stadtratspräsident Rauch Wilhelm begrüsst die Anwesenden zur heutigen Stadtratssitzung. Im speziellen begrüsst er Herr Rappa Francesco als neues Mitglied im Stadtrat (SR).

Der Vorsitzende bittet die Anwesenden, in Ehren an den kürzlich verstorbenen Ehrenbürger Baumann Walter, aufzustehen.

Stadtratspräsident Rauch Wilhelm orientiert über die Demission von Stadträtin Mumenthaler Mirjam per 30. Mai 2008. Sie wird im Traktandum 9 *Verschiedenes und Unvorhergesehenes* ein Wort an den SR richten. Zudem liegen auf dem Tisch beim Publikum noch Memory-Sets auf. Das Memory ist das neueste Marketingprodukt der Stadt Burgdorf und wurde bereits an der BUGA verteilt. Die Anwesenden können sich bedienen.

3. Informationen aus dem Gemeinderat

Gemeinderat Kolb Martin informiert über die Stadtentwicklung Burgdorf. Aufgrund der sehr dynamischen Entwicklung der Stadt Burgdorf wurde entschieden, dass der SR regelmässig über die Entwicklungsprojekte informiert wird. Der erste Standbericht liegt in der Zwischenzeit vor und wurde vom Gemeinderat (GR) verabschiedet. Der Bau- und Planungskommission wurde dieser Bericht zur Kenntnis gebracht. Der SR wird im August im Detail über die Stadtentwicklung, bezüglich der geplanten Projekte, informiert. Zudem informiert Gemeinderat Kolb Martin über den Hochwasserschutz. Der Ersatz des Typonsteg hat als Hochwasserschutzmassnahme sehr hohe Priorität. Der Wasserrückstau am bestehenden Steg droht beim nächsten Hochwasser eine Überflutung der Quartiere Gyrischachen und Einunger sowie weitere Beschädigungen oder die völlige Zerstörung des Stegs. Am Steg befestigt, verlaufen zudem Versorgungsleitungen wie Gas, Wasser und Abwasser. Als weitere Hochwasserschutzmassnahme soll die Erhöhung der Ufer im Bereich der Quartiere Gyrischachen und Einunger ebenfalls in Angriff genommen werden. Es wird beabsichtigt, mit dem Schwellenverband Emme II und dem kantonalen Tiefbauamt einen Planungswettbewerb für die folgenden drei Etappen: erstens Ersatz Typonsteg, zweitens Ufererhöhung im Bereich Gyrischachen und Einunger sowie drittens Option Neugestaltung Gyripark, auch hinsichtlich eines Neubaus der Pensionskasse Previs. Als vierte Etappe ist eine zusätzliche Brückenquerung zwischen Typonsteg und Eisenbahnbrücke geplant. Zu gegebener Zeit wird der SR über das Gesamtvolumen, nach ersten Einschätzungen beträgt dieses rund 3 Mio. Franken, entscheiden müssen. Im weiteren orientiert Gemeinderat Kolb Martin über die Solaranlage auf der Markthalle. Am Samstag stand in der Zeitung, dass die Anlage nach dem Sturm im letzten Jahr stark in Mitleidenschaft gezogen wurde. Verschiedene Optionen wurden von der Baudirektion

geprüft. Eine Gesamterneuerung der Anlage kommt aber erst bei der Sanierung der Markthalle in Frage. Die Solaranlage erbringt nach der notdürftigen Reparatur noch eine Leistung von ungefähr 15 bis 20% der Soll-Leistung. Anfangs Mai bei Saisonstart des Freibades war die Anlage nicht in Betrieb. In der Zwischenzeit konnte die Anlage mit der erwähnten Leistung in Betrieb genommen werden. Das Wasser konnte trotz der kalten Nächte immerhin auf 20° C angehoben werden. Die Anlage dient so wieso nur zur Überbrückung der Saison, das heisst im Mai und September. Der SR wird über das weitere Vorgehen informiert.

4. Revision Gebührenreglement für das Bau-, Gewässerschutz- und Reklamebewilligungsverfahren der Stadt Burgdorf vom 26. Februar 1991

Stadträtin Bachmann Véronique, namens der GPK, teilt mit, dass nach der 2. Lesung der GPK das Reglement genehmigt werden kann. Die GPK stellt dem SR den Antrag, das Reglement zu genehmigen. Es wird darauf verzichtet, die einzelnen Änderungen zu kommentieren. Ebenfalls wird darauf verzichtet, zu den persönlichen Äusserungen Stellung zu beziehen, welche sich in den Grundakte befinden und zur Tätigkeit der GPK Stellung nehmen und diese bewerten. Als Sprecherin der GPK setzt sie sich mit dem Sachargument auseinander und verzichtet auf die persönliche Ebene.

Gemeinderat Kolb Martin orientiert über die Ausgangslage. Die Beschlüsse im Zusammenhang mit der Verzichtsplanung wurden zum Anlass genommen, das fast 17-jährige Gebührenreglement durchgreifend zu überprüfen und vollständig zu überarbeiten. Die Anpassungen sind grundsätzlich so ausgerichtet, dass die Aufwendungen verursachergerecht und Kostendeckend übertragen werden können. Zusätzlich sind im neuen Reglement Leistungen aufgenommen worden, welche bisher nicht vorgesehen waren oder nicht verrechnet werden konnten. Die Höhe der Grundgebühr für die Bearbeitung der Baugesuche steht nach wie vor in Abhängigkeit zu den voraussichtlichen bzw. die im Baugesuch deklarierten Baukosten, einschliesslich der Eigenleistungen. Allerdings ohne Kosten für die Projektierung, den Landerwerb, die Erschliessung und Bauzinsen. Die Bemessung der Grundgebühr im Bewilligungsverfahren nach Bausumme ist durchaus anerkannt und wurde bisher nie bestritten. Dieses System kommt auch in Steffisburg, Köniz, Biel und Langnau zur Anwendung. Die Vorlage wurde von der Bau- und Planungskommission an zwei Sitzungen behandelt und zustimmend verabschiedet. Die Systematik und Höhe der Stundenansätze 1 bis 5 sind im Gebührenreglement mit der Stadt Bern vergleichbar. Das neue Gebührenreglement geht davon aus, dass das gesamte Reglement inklusive Anhang bei den Gebührenpflichtigen Leistungen und Tarife vom SR beschlossen wird. Die Tarife können vom GR angepasst werden. Nur neue Gebührenpflichtige Leistungen müssen durch den SR beschlossen werden. Das neue Reglement ist umfassend, zeitgemäss und die Kosten können verursachergerecht und Kostendeckend verrechnet werden. Zusätzlich ist auf Grund der festgestellten Stundenansätze künftig möglich, für die Erbringung von einer bestimmten Gebührenpflichtigen Leistung für die Mitarbeiter der Verwaltung Baukosten einzusetzen, welche auf Grund der dafür notwendigen Qualifikationen angezeigt ist. Eine Verbesserung des Kostendeckungsgrades kann sich schlussendlich daraus ergeben. Der SR wird gebeten, dass neue Gebührenreglement zu genehmigen.

Stadtrat Biedermann Peter, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass die Revision des Gebührenreglements auf die Arbeit der Verzichtsplanung zurückzuführen ist. Dabei handelt es sich um einen der wenigen Punkte, welcher weiterverfolgt wurde. Es handelt sich aber nicht um einen Verzicht, sondern um die Erhöhung von Gebühren. Es ist zu begrüssen, dass das Reglement aus dem Jahr 1991 komplett überarbeitet und den aktuellen Verhältnissen angepasst wird. Das neue Reglement ist umfangreicher. Die SP-Fraktion unterstützt das neue Reglement und dankt allen Beteiligten für die geleistete Arbeit.

Stadtrat Gübeli Thomas, namens der SVP-Fraktion, orientiert, dass das neue Gebührenreglement im Sinn der Anträge des GR unterstützt wird. Bei Gebühren, welche nach Aufwand in Rechnung gestellt werden, Gebühren für Kopien sowie die Erhöhung der Grundgebühr sind bei einem Bauvorhaben von Fr. 25.-- auf 100.-- gestiegen, insbesondere eine Erhöhung der Promillesätze sind enthalten. Diese Promillesätze sind zwar in grossen Baukosten weiterhin 0.75 ‰, jedoch bei tieferen Kosten sind diese markant höher. Bei Baukosten von Fr. 200'000.-- musste man bisher Fr. 500.-- bezahlen. Neu beträgt die Gebühr Fr. 1'275.--. Dies ist eine Verdreifachung der Kosten. Bei Baukosten von 1 Mio. Franken bezahlte man bisher Fr. 1'500.-- und neu Fr. 3'525.--. Was mehr als eine Verdoppelung der Gebühren ist. Die Erwartungshaltung der SVP-Fraktion ist, dass mit diesen Kostenerhöhungen, welche wenig mit der Verzichtsplanung zu tun haben, der Kostendeckungsgrad beim entsprechenden Produkt von 57% auf 100% gesteigert werden kann. In den nächsten Jahren soll mit dem neuen Reglement nicht mehr

über eine ungenügende Kostendeckung gesprochen werden. Diese Bemerkungen sollen nicht dazu dienen, das Reglement negativ auszulegen. Die SVP-Fraktion unterstützt das Reglement. Der Sinn und Zweck der Bemerkungen besteht einzig darin, die nötige Transparenz zu schaffen.

Stadträtin Lerch Sabine, namens der FDP-Fraktion, informiert, dass den Anträgen grundsätzlich zugestimmt wird. Als Notarin hat Stadträtin Lerch Sabine mit solchen Gebührenreglementen eine gewisse Erfahrung und fragt sich deshalb, ob die Rechnungsstellung keinen Mehraufwand mit sich bringt.

Stadträtin Mumenthaler Mirjam, namens der GFL-Fraktion, erachtet es als sinnvoll und notwendig, das alte Gebührenreglement anzupassen. Wie bereits die Vorredner erwähnt haben, ist es wichtig, dass eine verbesserte Kostendeckung der Verwaltungstätigkeit, trotz der jährlich schwankenden Anzahl der Baugesuche, erreicht wird. Es ist richtig, dass der Aufwand der Verwaltung verrechnet wird. Zudem ist wichtig, dass der GR die Tarife nach oben und unten verändern kann und der SR nur bei neuen gebührenpflichtigen Leistungen entscheiden muss. In diesem Sinn wird die GFL-Fraktion dieser Revision zustimmen.

Beschlussanträge

Der Stadtrat fasste folgende Beschlüsse:

1. Das neue Gebührenreglement für das Bau-, Gewässerschutz- und Reklamebewilligungsverfahren (GebR) mit Anhang (Ausgabe 2008) wird genehmigt.
2. Das neue Gebührenreglement für das Bau-, Gewässerschutz- und Reklamebewilligungsverfahren (GebR) mit Anhang (Ausgabe 2008) wird mit Beschluss des Gemeinderats in Kraft gesetzt.
3. Mit dem Vollzug wird der Gemeinderat beauftragt.

Der Stadtrat genehmigt einstimmig die Beschlussanträge.

5. Schulanlage Gsteighof, Sanierung Aussensportanlage; Ausführungskredit

Stadträtin Buser Madeleine, namens der GPK, teilt mit, dass die GPK das vorliegende Geschäft an seiner Sitzung vom 8. Mai 2008 behandelt hat. Die GPK hat sich eingehend von Gemeinderat Kolb Martin, Keusen Fritz und Steiner Ueli informieren lassen. Die GPK hat zur Kenntnis genommen, dass eine länger dauernde Pendenz in Angriff genommen wurde, nämlich die Sanierung der 30-jährigen Aussenplatz- und Leichtathletikanlage. Dies wegen erheblichen, altersbedingter Mängel. Es geht einerseits um die Sicherheit und andererseits um die Erstellung einer fachlich zeitgemässen Sportanlage. Da es sich bei den geplanten Massnahmen um eine reine Sanierung und Ersatz von bestehenden Anlagen und Einrichtungen handelt, ist kein Baubewilligungsverfahren notwendig. Die Bau- und Planungskommission hat diesem Geschäft ebenfalls zugestimmt. In der Mittelfristigen Investitionsplanung des GR sind die Finanzmittel in den Jahren 2008 und 2009 vorgesehen. Ebenfalls ist anzunehmen, dass mit einem Beitrag vom Sportfonds gerechnet werden kann. Mit diesen Vorgaben hat die GPK einstimmig bei einer Abwesenheit beschlossen, das Geschäft dem SR zur Annahme zu empfehlen und den Anträgen des GR zuzustimmen.

Gemeinderat Kolb Martin informiert, dass die SR-Vorlage äusserst sorgfältig vorbereitet wurde und alle relevanten Angaben enthält. Die Aussensportanlagen beim Schulhaus Gsteighof sind gemeinsam mit der unterirdischen Zivilschutzanlage im Jahre 1978 erstellt worden. Bereits kurze Zeit später musste das Rasenspielfeld mit einem Drainagesystem versehen werden. Vor acht Jahren sind die Anlagen mit einem Beachvolleyfeld ergänzt worden. Der nun über 30-jährige Allwetterplatz, die Laufbahn und die übrigen Leichtathletikanlagen haben erhebliche Mängel. Der alte Kunststoffbelag ist schadhaft und kann nur noch sehr reduziert benutzt werden. Der Belag ist bereits bei geringer Feuchtigkeit sehr rutschig und unfallgefährlich. Bei der Laufbahn fehlt der Sicherheitsabstand zur Mauer. Auch bei den übrigen Anlagen und Einrichtungen bestehen erhebliche, altersbedingte Mängel. Die Geräte haben teilweise scharfkantige Metallteile und entsprechen den heutigen Anforderungen nicht mehr. Das Sanierungsprojekt ist in enger Zusammenarbeit mit den verantwortlichen Sportlehrern, unter anderem mit Herr Schwärzel Thomas, ausgearbeitet worden. Die Bedürfnisse der Schulen und der Vereine konnten weitgehend berücksichtigt werden. In der mittelfristigen Investitionsplanung sind die entsprechenden Planungswerte für das Jahr 2008 mit Fr. 500'000.-- und 2009 mit Fr. 100'000.-- aufgeführt und berücksichtigt. Die durch das Projekt entstehenden Folgekosten in der Finanzperiode 2008 bis 2011 beträgt durchschnittlich Fr. 49'000.-- pro Jahr. Der Beitrag aus dem Sportfonds beträgt voraussichtlich Fr. 145'000.--, das sind rund 25%. Das Gesuch kann aber erst nach Kreditgenehmigung durch den SR

gestellt werden. Das Projekt hat drei Facetten. Erstens handelt es sich um einen Sicherheitsaspekt mit akuter Unfallgefahr, zweitens vor 30 Jahren hat der Sportplatz zur Ertüchtigung der Jugend gedient und die Ansprüche haben sich seither grundlegend geändert. Die Anlage ist zudem nicht nur ein Quartierschulhaus, sondern ein bedeutendes Oberstufenzentrum in Burgdorf. Drittens, der GR ist sich bewusst, dass die Nettokosten von Fr. 440'000.-- viel Geld ist. Längstfällige Projekte mit Sanierungsbedarf wurden während den letzten Jahren verschoben. Hier besteht nun dringender Sanierungsbedarf. Das Projekt umfasst keinen Luxus, sondern das Notwendige. Der SR wird gebeten, den Anträgen des GR zuzustimmen.

Stadtrat Ingold Rolf, namens der SVP-Fraktion, informiert, dass der Bericht und Antrag diskutiert wurde und die dringende Sanierung der Aussensportanlage Gsteighof begrüsst wird. Bereits im 2004 hat die damalige Turn- und Sportvereinigung auf die prekäre und zum Teil ungenügende Sportanlage im Aussenbereich hingewiesen. Dies im Zusammenhang mit dem Projekt Lindenfeld. Mit den Infrastrukturen im Aussenbereich, insbesondere bei der Leichtathletik, kann Burgdorf nicht glänzen. Es handelt sich nicht, wie bereits erwähnt, um eine grosszügige Leichtathletikanlage. Die Leichtathletik als Grundsportart und die verschiedenen Ballspielbereiche sind für den Sport, die Schule, Freizeit und Vereine von grosser Bedeutung und müssen funktionieren. Die SVP-Fraktion nimmt zur Kenntnis, dass das vorliegende Projekt eine dringend benötigte Lücke schliesst. Die SVP-Fraktion nimmt zudem zur Kenntnis, dass die Lehrerschaft zwar involviert war, aber das Geschäft leider in der Sportkommission nicht thematisiert wurde. Die Abläufe innerhalb der Stadt haben nicht ganz geklappt. Es ist auch nicht zwingend erforderlich gewesen, dieses Geschäft der Kommission vorzulegen. Trotzdem beantragt die SVP-Fraktion einen neuen zusätzlichen Punkt in den Beschlussanträgen. Die SVP-Fraktion stimmt dem Gesamtprojekt zu.

Antrag SVP

4. Vor der Bauausführung ist die Sportkommission zur Beurteilung des Projektes beizuziehen.

Stadtrat Grimm Christoph, namens der GFL-Fraktion, orientiert, dass es sich bei diesem Vorhaben um eine technische Massnahme handelt. Es braucht deshalb keine besonderen Bewilligungen. Die GFL-Fraktion steht voll und ganz hinter diesem Projekt. Es ist für die Jugend und Vereine sinnvoll, dass diese Anlage saniert wird. Die GFL-Fraktion hofft, dass die Leichtathletik durch diese Anlage wieder vermehrt gefördert wird. Lobenswert ist, dass im Jahr 2000 die Oberstufenschüler bei der Erstellung des Beachvolleyballfeldes mitgeholfen haben. Es fragt sich nun, ob die Oberstufenschüler erneut helfen könnten. Es ist klar, dass nichts gespart werden kann. Die geplanten Bereiche liegen im Trend. Die Unfallsicherheit ist wesentlich und bei dieser darf nicht gespart werden. Es stellt sich nun die Frage, was passiert, wenn der Sportfonds zum Beitragsgesuch „Nein“ sagt. Die GFL-Fraktion unterstützt die Anträge sowie den Antrag der SVP.

Gemeinderat Kolb Martin teilt mit, dass mit 99.9% Sicherheit davon ausgegangen werden kann, dass der Beitrag fliessen wird.

Stadträtin Schäppi Evelyne, namens der FDP-Fraktion, teilt mit, dass das Projekt unterstützt wird. Bewegungs- und Sportförderung ist ein grosses und wichtiges Anliegen. Dafür muss auch die nötige und sichere Infrastruktur zur Verfügung stehen. Die 30-jährige Aussenanlage im Gsteighof muss nur schon aus Sicherheitsaspekten dringend saniert werden. In den letzten Jahren haben sich die Sportangebote und Bedürfnisse stark verändert. Die Anlagen müssen den Ansprüchen angepasst werden. Die FDP-Fraktion geht davon aus, dass die Empfehlungen und Anliegen der Fachinstanzen berücksichtigt worden sind. In diesem Sinne unterstützt die FDP-Fraktion das Projekt.

Stadtrat Berger Stefan, namens der SP-Fraktion, informiert, dass man über den schlechten Zustand der Anlage erschreckt ist. Diese Anlage ist keine Visitenkarte für Sport- und Freizeitanlagen. Die Anlage wird nicht nur von den Schulen, sondern auch von Vereinen, Kadetten und Privaten genutzt. Es ist deshalb unabdingbar und ein wichtiges Puzzle in der Burgdorfer Sportlandschaft. Die Anlage muss so rasch als möglich wieder in einen nutzbaren, der zeitangebrachten und sicheren Zustand gebracht werden. Die SP-Fraktion kann sich mehrheitlich dem Antrag der SVP anschliessen. Für die Zukunft zeigt sich, dass der Unterhalt von städtischen Liegenschaften und Anlagen nicht immer verschoben werden darf und die allgemein gültigen Unterhaltsquoten auch in den Unterhalt investiert werden.

Stadtrat Jakob Beat-U., namens der EVP-Fraktion, teilt mit, dass man als Schulstadt nicht nur im Bereich Schulraum, sondern auch im Bereich Innen- und Aussensportanlage eine Vorzeigefunktion hat. Der Allwetterplatz sowie die Leichtathletikanlagen befinden sich in einem grösstenteils desolaten Zustand. Die meisten Geräte können problemlos als Unfallgeländer betitelt werden und entsprechen bei weitem nicht mehr den heutigen Anforderungen. Die EVP-Fraktion unterstützt den Antrag des GR und gleichzeitig auch den Antrag der SVP.

Gemeinderat Kolb Martin informiert, dass mit der Sportkommission eine Leistungsvereinbarung abgeschlossen wurde. Diese Leistungsvereinbarung datiert vom 20. März 2008. Als das Projekt begleitet wurde, hat diese Leistungsvereinbarung noch nicht bestanden. Der GR ist diesbezüglich lernfähig und kann, wo es notwendig ist, die gemeinderätlichen Kommissionen miteinbeziehen. Der GR war der Meinung, dass mit dem Einbezug von Herrn Schwärzel Thomas, der ebenfalls Mitglied der Sportkommission ist, genügend getan ist. Der GR ist davon ausgegangen, dass Herr Schwärzel Thomas sein Wissen der Sportkommission kund tut. Schlussendlich hat sich die GPK, die Bau- und Planungskommission, der GR und SR mit dem Geschäft befasst. Für zukünftige Projekte kann die Sportkommission beigezogen werden. Das Controllinggespräch mit der Sportkommission wird bei laufenden Bauvorhaben diesbezüglich überprüft und wenn notwendig der Kommission vorlegt. Zum jetzigen Zeitpunkt darf es zu keinen Verzögerungen führen. Zudem darf es auf den Ausführungskredit keinen Einfluss haben. Der GR kann sich unter der Voraussetzung, dass es keine zeitlichen Verzögerungen gibt und zu keinen Mehrkosten führt, dem Antrag der SVP anschliessen.

Stadtratspräsident Rauch Wilhelm teilt mit, dass somit der Antrag des GR mit der Abänderung der SVP insgesamt zur Abstimmung gebracht werden kann.

Beschlussanträge

Der Stadtrat fasste folgende Beschlüsse:

1. Das Projekt für die Sanierung der Aussensportanlagen Schulanlage Gsteighof wird genehmigt.
2. Für die Bauausführung wird ein Bruttokredit von Fr. 585'000.00 zu Lasten der Investitionsrechnung bewilligt (Rubrik 7010.501.03, Kostenstelle 10.7010.03 Liegenschaften VV). Die in Aussicht gestellten Beiträge aus dem Sportfonds von voraussichtlich Fr. 145'000.00 werden der Rubrik 7010.661.03 gutgeschrieben. Nettokredit voraussichtlich Fr. 440'000.00.
3. Der Gemeinderat wird ermächtigt, zur Deckung ausgewiesener, teuerungsbefindlicher Mehrkosten Kredite zu bewilligen.
4. Vor der Bauausführung ist die Sportkommission zur Beurteilung des Projektes beizuziehen.
5. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

Der Stadtrat genehmigt einstimmig die Beschlussanträge.

6. Sanierung und Schulwegsicherung Brunnmattstrasse/Einschlagweg Sanierung Stadtentwässerung Brunnmattstrasse/Einschlagweg (Burgdorf Süd 3. Baulos)

Stadtrat Probst Andrea, namens der GPK, informiert, dass es bei dieser Vorlage eigentlich um vier Geschäfte geht. Erstens um die Sanierung der Brunnmattstrasse und Einschlagweg, zweitens um die Schulwegsicherung von Schlossmatt und Brunnmatt, drittens um die Sanierung der Stadtentwässerung Brunnmattstrasse und Einschlagweg und viertens um Sanierung der Gas-, Wasser- und elektrischen Leitungen sowie Gemeinschaftsantennen. Zum Punkt vier hat die Stadt nichts zu sagen, denn das liegt im Hoheitsgebiet der Localnet AG und wird auch von dieser finanziert. Die Vorgeschichte dieser Vorlage ist vielfältig, unter anderem das Postulat der EVP betreffend Schulwegsicherung Schlossmatt – Brunnmatt und die altbekannten Rückstauprobleme im Bereich Burgdorf Süd und Brunnmatt. Dazu kommt die 40-jährige Strasse mit den zum Teil ebenfalls so alten Werkleitungen. Es ist logisch, dass diese vier Geschäfte in einem direkten Zusammenhang stehen. Es wäre falsch, eine Strasse zu sanieren, ohne die alten Werkleitungen ebenfalls zu ersetzen. Die Chance zu verpassen, auch eine Schulwegsicherung zu realisieren, wäre ebenfalls falsch. Die GPK hat mit Vertretern des GR und der Baudirektion diskutiert und alle offenen Fragen wurden beantwortet. Die GPK ist überzeugt, dass das vorliegende Projekt ausgewogen und zweckmässig ist. Die Schulkinder und Erwachsenen können sich auf der Achse Schlossmatt – Brunnmatt sicher bewegen. Die Strasse und die Werkleitungen werden für die nächsten 40 Jahren saniert sein und das Regenwasser auf der Strasse

wird zum grössten Teil versickern und belastet die Kanalisation nicht mehr. Burgdorf Süd bleibt vom Rückstau der Kanalisation verschont. Die GPK ist überzeugt, dass der SR diese vier Fliegen mit einer Klatsche schlagen sollte. Die GPK beantragt einstimmig bei einer Abwesenheit, den Anträgen des GR zuzustimmen.

Gemeinderat Kummer Hugo orientiert, dass der Vorredner schon sehr viel gesagt hat. Das Projekt beinhaltet tatsächlich vier Geschäfte. An diesem Projekt wurde bereits lange gearbeitet. Der GR hat am 15. Dezember 2003 eine Motion der EVP-Fraktion betreffend Schulwegsicherung Schlossmatt – Brunnmatt als Postulat überwiesen erhalten. Im Gebiet Burgdorf Süd führen alte und ungenügende Abwasserleitungen immer wieder zu Rückstau Problemen. Mit dem Bau eines Rückhaltebeckens im Einschlag und der Erstellung von neuen Abwasserleitungen zur Brunnmattstrasse und zum Bahnhof Oberburg sind hier bereits zwei Bautappen ausgeführt worden. Die abschliessende dritte Etappe führt zur vollständigen Erneuerung der Brunnmattstrasse zwischen dem Geissrütliweg und der Lochbachstrasse. Mit einem Wettbewerb sind Lösungen für eine wirksame, nachhaltige, umsetzbare und überzeugende Kombination von verkehrstechnischen, gestalterischen und entwässerungstechnischen Massnahmen gesucht worden. Gemeinderat Kummer Hugo war Mitglied der Jury und kann sagen, dass es eine sehr interessante Arbeit war. In der Jury waren zudem Anwohner sowie die Industrie vertreten gewesen. Die Sanierung der Strasse erstreckt sich auf einer Länge von 1,225 km. Diese Sanierung kostet 2.97 Mio. Franken. Die Kosten sind in der mittelfristigen Investitionsplanung über drei Jahre verteilt. Die Arbeiten werden ebenfalls über drei Jahre verteilt, da es sehr viele Eingriffe geben wird. Die Arbeiten werden im Bereich Lochbachstrasse beginnen. Die drei Etappen werden auf drei Jahre verteilt. Die Zu- und Wegfahrten zu den Liegenschaften für die Anwohner und Rettungskräfte werden immer gewährleistet sein. Es soll keine Durchgangsstrasse werden. Eine Aufwertung der Sicherheit soll erreicht werden. Einer Verbesserung der Schulwegsicherheit wird spezielle Achtung geschenkt. Die Rückstaugefahr wird stark reduziert, weil der Querschnitt der Leitungen vergrössert wird. Es ist wichtig, dass während der Sanierung ebenfalls sämtliche Sanierungen der Localnet erledigt werden. Der SR wird gebeten, die Beschlussanträge zu genehmigen.

Stadtrat Wyss Christoph, namens der SVP-Fraktion, hat zum Projekt drei Fragen. In der Projektvorstellung in der Bau- und Planungskommission hat man von einer Mindeststrassenbreite von 5.50 m gesprochen. Im Teil Mitte wird die Kernfahrbahn nun 3.60 m breit. Warum? Wie ist die Markierung bzw. der Übergang der Kernfahrbahn zu den beiden Radstreifen? In der Motion der EVP-Fraktion war nur die Rede von einem Radweg und der Entfernung der Parkplätze beim Alterspflegeheim, nicht aber von der Schaffung einer neuen Tempo 30 Zone. Deshalb die Frage, ob die flankierenden Massnahmen wie die gestalterischen Elemente, Betonpoller, Knoten und Tor nicht genügen um den Verkehr so zu beruhigen, dass auf die 30 / 50 / 30 Signalisation verzichtet werden kann. Ein Projektziel war, die Problemstellungen mit angemessenen Kosten zu lösen. Die SVP-Fraktion ist nicht ganz überzeugt, ob die Kosten angemessen sind. Dies ist keine Frage, sondern nur eine Bemerkung.

Gemeinderat Kummer Hugo nimmt Stellung zu den aufgeworfenen Fragen. Im Bereich Mitte ist die Fahrbahnbreite 6.20 m. Vorgesehen sind zwei Radstreifen analog der Heimiswilstrasse. Die Signalisation von Tempo 30 gab in der Jury und Baudirektion ebenfalls zu diskutieren. Man ist der Meinung, dass Tempo 30 von Burgdorf nach Oberburg nicht durchführbar ist. Damit Tempo 30 eingehalten wird, müsste man zusätzliche Schikanen einbauen. Man war daher der Meinung, wenn zusätzliche Schikanen eingebaut werden müssten, wäre die Sicherheit der Kinder nicht mehr gewährleistet. Die Signalisation 30 / 50 / 30 ist deshalb berechtigt. Im Bereich Schulhaus könnte allenfalls eine Begegnungszone realisiert werden.

Stadträtin Dätwyler Käthy, namens der SP-Fraktion, informiert, dass dem Geschäft zugestimmt wird. Es handelt sich um ein sehr gute und durchdachte Vorlage. Es ist erfreulich, dass vier Fliegen auf einmal geschlagen werden können. Es ist besonders erfreulich, dass endlich die Schulwegsicherung Brunnmattstrasse und Einschlagweg realisiert werden kann. Handelt es sich doch um ein langjähriges Anliegen der Eltern und Schulbehörden. Es wird positiv gewertet, dass die Bevölkerung und Industrie bereits bei der Planung miteinbezogen wurde. Der Baudirektion wird für die gute Vorlage gedankt.

Stadtrat Grimm Christoph, namens der GFL-Fraktion, orientiert, dass über den Sanierungsbedarf bereits eingehend gesprochen wurde. Der GFL-Fraktion geht es hauptsächlich um die Gestaltung der neuen Strasse. Die Grundsätze der GFL-Fraktion sind die Verstetigung des Verkehrs, angemessene und gebührende Rücksicht auf den Langsamverkehr, angemessenes Tempo, sichere Querungen, Erschliessung des ÖV, etc. Diese Kriterien sind in diesem Projekt erfüllt. Die Strasse ist 40-jährig und deshalb muss man mit gestalterischen Massnahmen etwas Neues und Angepasstes realisieren. Die GFL-Fraktion hat eine Frage zum Vorgehen beim Wettbewerb. In den Unterlagen steht, dass Vertreter

des Quartiers, die Grundeigentümer, die Burgergemeinde, das APH sowie die Wirtschaft und das Gewerbe miteinbezogen wurden. Wurden auch die Schulen, die Elternräte sowie die Arbeitsgruppe Verkehrssicherheit in das Projekt miteinbezogen? Die GFL-Fraktion unterstützt das Projekt, weil die Verkehrsführung sinnvoll ist, die Übergänge für Fussgänger und Velofahrer sicher sind, der Tempowechsel begrüsst wird, der Bus miteinbezogen wurde und die Gestaltung automatisch das Tempo reduziert.

Gemeinderat Kummer Hugo teilt mit, dass die erwähnten Personen miteinbezogen wurden, aber in der Vorlage nicht erwähnt sind.

Stadtrat Aeschlimann Martin, namens der EVP-Fraktion, informiert, dass man erfreut über das vorliegende Geschäft ist. Der Bereich Schulwegsicherung geht auf einen Vorstoss der EVP-Fraktion zurück. Es ist klar, dass trotz des Vorstosses diverse Arbeiten so oder so ausgeführt werden müssten. Der Hintergrund des Vorstosses ist, dass diverse Personen in der Partei dort wohnen und gesagt haben, dass es ziemlich schwierig sei für die Kinder. Die Situation wurde etwas entschärft mit dem Parkplatz des APH. Die EVP-Fraktion dankt der Baudirektion und dem GR für das gute Projekt. Das Projekt ist ein erfolgreiches Beispiel für den Geschäftsablauf der Stadt. Stadtrat Aeschlimann Martin war als Vertreter der EVP-Fraktion in der Jury vertreten und hat die diversen Vorschläge für das Projekt mitbekommen. Parteintern wurde gefragt, ob es für ein solches Projekt überhaupt einen Wettbewerb braucht. Wenn man den Wettbewerb mitverfolgt, kommt man eindeutig zum Schluss, dass ein solcher Wettbewerb sinnvoll ist. Es sind viele fachliche und interessante Beiträge vorgebracht worden. Ein wichtiger Teil ist die Gestaltung. Die Gestaltung hört nicht bei der Hausfassade auf. Die Architektur und Gestaltung passiert nicht nur, wenn man Löcher in der Hausfassade sieht, sondern auch beim Trottoir, der Fahrbahn, etc. Im Projekt sind sehr gute Beispiele vorhanden, wie zum Beispiel ein Raum gestaltet oder der Verkehr beruhigt werden kann. Die Gewinner sind die Kinder. Am Schluss ist ein städtebaulicher und qualitätsvoller Raum entstanden. Der SR ist zufrieden. Das Postulat der EVP-Fraktion kann abgeschrieben werden.

Stadtrat Bär Walter, namens der FDP-Fraktion, orientiert, dass die Sanierung absolut notwendig ist und das Projekt vollumfänglich unterstützt wird. Die Euphorie betreffend Schulwegsicherung ist nachvollziehbar. Die Euphorie wird aber etwas geschmälert, wenn man zwischen den Zeilen liest. Dies hat mit dem Projekt nicht viel zu tun. Es hat damit zu tun, dass wir eine 40-jährige Strasse, einen Rückstau in der Kanalisation und einen Schulhausplatz der zerfällt, haben. Dabei fragt man sich schon, wie viele von den Fr. 500'000.-- Happen der GR in der nächsten Zeit noch vorlegen will. Es macht einem Sorgen, wenn man die Finanzentwicklung der Stadt Burgdorf anschaut. Die Unterhaltsplanung in den letzten Jahren hat versagt. Dies vielleicht um die Rechnung besser dastehen zu lassen.

Stadtrat Aeschlimann Martin, namens der EVP-Fraktion, entgegnet spontan, dass die fehlenden Investitionsmöglichkeiten unter anderem stark mit der Steuersenkung zusammen hängen.

Beschlussanträge

1. Das Projekt für die Sanierung und die Schulwegsicherung Brunnmattstrasse/Einschlagweg wird genehmigt.
2. Für die Bauausführung der Strasse wird ein Ausführungskredit von Fr 2'970'000.00 zu Lasten der Investitionsrechnung bewilligt (Rubrik 2400.501.21, Kostenstelle 10.2400.21). Der Kredit unterliegt dem fakultativen Referendum.
3. Das Projekt für die Sanierung der Stadtentwässerung Brunnmattstrasse/Einschlagweg wird genehmigt.
4. Für die Bauausführung der Stadtentwässerung wird ein Ausführungskredit von Fr. 800'000.00 zu Lasten der Spezialfinanzierung Abwasser bewilligt (Rubrik 2210.501.15, Kostenstelle 10.2210.15).
5. Der Gemeinderat wird ermächtigt, zur Deckung ausgewiesener, teuerungsbedingter Mehrkosten Kredite zu bewilligen.
6. Das Postulat der EVP vom 15. Dezember 2003 wird als erfüllt abgeschrieben.
7. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

Der Stadtrat genehmigt einstimmig die Beschlussanträge.

7. Konzept „Neues Pro Burgdorf“; Orientierung

Stadtschreiber Schenk Roman informiert über die Überprüfung von Pro Burgdorf. Was sind die Gründe, warum die Organisation nicht das gebracht hat, was man erhofft hat. Eine Arbeitsgruppe wurde eingesetzt, welche den Auftrag hatte, Vorschläge zu machen um dies zu verbessern. An der heutigen Stadtratssitzung kann ein erarbeitetes Konzept vorgestellt werden, welches der GR am 5. Mai 2008 verabschiedet hat. Stadtschreiber Schenk Roman informiert über die Ausgangslage sowie wer das Stadtmarketing umsetzt. Der SR wurde im Jahr 2003 über die Standortstrategie Stadtmarketing informiert. Die Ausgangslage war der Aufbau von professionellen Standortorganisationen für Burgdorf. Pro Burgdorf als Dienstleistungsorganisation für den Standort Burgdorf nach Innen und das Stadtmarketing als Marketingorganisation für den Standort Burgdorf nach Aussen. Erste Schritte sind bereits erfolgt, wie zum Beispiel das Tourist Office und die Fachstelle Altstadt-Entwicklung. Die Marketingaktivitäten nach Innen werden neu von der Organisation Pro Burgdorf wahrgenommen. Im Bereich Marketing nach Aussen braucht es eine professionelle zentrale Stelle, die die gesamten Aktivitäten koordiniert und unterstützt. Pro Burgdorf soll über eine professionelle Geschäftsstelle verfügen, um die geforderten Aufgaben wahrnehmen zu können. Diese Geschäftsstelle könnte idealerweise im Tourist Office angesiedelt sein. Pro Burgdorf bietet neu die Basis für eine breite Vernetzung von privaten und städtischen Kräften. Die Aufgaben von Pro Burgdorf müssen klar abgegrenzt sein zum bestehenden Tourist Office. Die Ursachen des Scheiterns von Pro Burgdorf sind die fehlende professionelle Geschäftsstelle und Projektmittel, die Überforderung des ehrenamtlichen Vorstandes und schwierige Personalrekrutierung, ungenügende Ressourcen im Stadtmarketing sowie die zu vielen und unterschiedlichen Interessen innerhalb von Pro Burgdorf. Das Konzept für das neue Pro Burgdorf sieht vor, die Organisation neu zu konzipieren, eine professionelle Geschäftsstelle einzusetzen, den gut eingeführten Namen beizubehalten, die Aufgaben des Innenstadtmarketings zu fokussieren, Pro Burgdorf und das Stadtmarketing besser abzugrenzen sowie mehr finanzielle Mittel. Der SR soll das Vorgehen an der Junisitzung zustimmend zur Kenntnis nehmen sowie die nötigen finanziellen Mittel anlässlich der Genehmigung des Budgets im November genehmigen. Die Umsetzung sieht vor, dass der Start des neuen Pro Burgdorf am 1. Januar 2009 erfolgt.

Der Stadtrat nimmt die Orientierung zur Kenntnis.

8. Motion EVP-Fraktion betreffend Tempo-30-Zonen in den Wohnquartieren

Gemeinderat Kolb Martin teilt mit, dass die schriftliche Stellungnahme des GR vorliegt. Das Bedürfnis nach Verkehrsberuhigung kann aus zwei Gründen entstehen. Erstens, es besteht aus fachlicher Sicht Handlungsbedarf wie Verkehrssicherheitsdefizite, welche sich mit Verkehrsberuhigungsmassnahmen lösen lassen. Zweitens, ein Quartier, Interessengruppen oder einzelne Bewohner wünschen Massnahmen, weil die Meinung besteht, dass Quartierbewohner durch den motorisierten Verkehr im Quartier gefährdet sind. Im ersten Fall ist es die Aufgabe der öffentlichen Hand, für das allgemeine Wohl, möglicherweise auch gegen den Willen der Betroffenen, Massnahmen zu realisieren. Im zweiten Fall müssen die Bedürfnisse aller Betroffenen berücksichtigt werden. Hier soll der Quartierverein eingeschaltet werden. Erst wenn nachweislich, durch repräsentative Umfragen, Unterschriftensammlungen, usw., eine deutliche Mehrheit der Betroffenen ein Verkehrsberuhigungsprojekt befürwortet, sollten entsprechende Arbeiten gestartet werden. Der GR hat eine Strategie für die Einführung von Verkehrsberuhigungsmassnahmen beschlossen. Die Stadt Burgdorf strebt grundsätzlich in allen Quartieren, ausgenommen auf verkehrsorientierten Strassen, verkehrsberuhigte Strassen an. Grundsätzlich soll es in der Stadt noch drei Geschwindigkeitsregimes geben, Tempo 50, 30 und 20. Verkehrsberuhigungsprojekte werden quartierweise und zeitlich gestaffelt durchgeführt. Voraussetzung dazu ist ein Gesuch des Quartiervereins, in welchem nachgewiesen wird, dass die Quartierbevölkerung mehrheitlich solche Massnahmen wünscht. Davon ausgenommen sind Fälle, in welchen Verkehrsberuhigungsmassnahmen aus Gründen der Verkehrssicherheit angeordnet werden sollen resp. müssen. Verkehrsberuhigungsmassnahmen werden schrittweise eingeführt, deren Wirksamkeit laufend überprüft und wo notwendig mit zusätzlichen Massnahmen ergänzt. Die vom GR schriftliche Stellungnahme sowie der Bericht Lebensraum Quartier verfolgt ähnliche oder gleiche Ziele wie die Motion der EVP. Die Motion rennt offene Türen ein. Die wesentliche Differenz zwischen dem GR und dem geplanten Vorgehen der Motionären besteht in den zeitlichen Komponenten. Während die Motion die Einführung der verkehrsberuhigenden Massnahmen in allen Wohnquartieren bis spätestens Ende 2009 verlangt, will der GR

die Umsetzung auf die Bedürfnisse der einzelnen Quartiere abstimmen. Der Realisierungszeitpunkt wird im wesentlichen von der Quartierbevölkerung bestimmt. Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, dass ein allzu schnelles Vorgehen nicht sinnföhrnd ist. Deshalb beantragt der GR dem SR, die Motion abzulehnen.

Stadratspräsident Rauch Wilhelm gibt bekannt, dass ein Antrag eingereicht wurde, der verlangt, den Wortlaut, der in zwei Teile gestaltet ist, aufzuteilen und getrennt zur Abstimmung zu bringen. Das heisst, einerseits über die Einführung der Tempo 30 Zone und andererseits über den Zeitplan. Über diesen Antrag muss gemäss Artikel 22 Absatz 6 des Stadratsreglements nicht abgestimmt werden. Der Antrag ist von der EVP-Fraktion eingereicht worden. Der SR wird also getrennt über den Wortlaut abstimmen.

Stadtrat Aeschlimann Martin, namens der EVP-Fraktion, orientiert, dass über dieses Geschäft bereits viel im SR gesagt wurde. Es wird auf eine ausführliche Chronologie dieses Projektes verzichtet. Das Projekt ist nach Einreichung des parlamentarischen Auftrages nach sieben Jahren noch nicht über die Konzeptphase herausgekommen. Alle Anzeichen deuten darauf hin, dass es trotz der fachlichen und konzeptionellen Begleitung zu einer Bruchlandung führen könnte. Der Abbruch des Projektes Lebensraum Quartier im Meienfeld ist schade und hat uns beschäftigt. Dies hat dazu geführt, dass die EVP-Fraktion wieder aktiv wird. Man stellt sich vor, in tagelanger und ehrenamtlicher Arbeit haben Bewohner mit ihren Kindern vielseitig gestaltete Elemente erarbeitet. Ein paar Wochen später werden diese Elemente von den Behörden zur Entsorgung freigegeben. Wie erklärt man dies nun den Kindern? Dieses Vorgehen hat diverse Personen hässig gemacht und führt zu Missstimmung. Es wird anerkennt, dass der GR und die Baudirektion einiges gemacht haben, aber das Projekttempo ist ein bisschen harzig. Bei diesem Projekt wird bei Widerstand die Richtung gewechselt. Die Bereitschaft fehlt, ein Projekt an sich zu nehmen und abzuschliessen. Man hat lange gute Miene zu diesem Spiel gezeigt. Bei den Mitwirkungsveranstaltungen wurden die Argumente vorgebracht und hat davon gesprochen, dass bei Tempo 30 es nicht möglich sei gleichzeitig Fussgängerstreifen vor den Schulhäusern zu realisieren. Rückblickend ist diese These aus fachlicher Sicht wieder relativiert worden. Man hat sich danach sehr gut auf das Nachfolgeprojekt Lebensraum Quartier eingestellt. Nachdem dieses Projekt praktisch auf dünnem Eis steht, hat man das Gefühl, dass es so nicht stimmt. Die Wahrnehmung und Vorschläge des GR sind in der vorliegenden Stellungnahme vorhanden und gehen eigentlich in die richtige Richtung und unterstützen den Motionstext. Die Motion verlangt nicht explizit Tempo 30. Der Spielraum für den GR wird mit dem Wortlaut geöffnet. Einzig bei der Umsetzung differenziert die Motion mit dem GR. Der Umsetzungswillen des GR verunsichert. Wenn erwartet wird, dass die Quartiere aktiv werden, werden wir noch lange auf die Umsetzung warten müssen. Es ist richtig, dass die Quartierbevölkerung einbezogen wird, aber der Grundsatzentscheid fällt die Exekutive. Der Wortlaut unterstützt das Vorgehen des GR, aber die Umsetzung muss nun erfolgen. Die Differenz ist der zeitliche Komponente, aber diese wird getrennt zur Abstimmung gebracht. Der SR wird gebeten, die Motion zu überweisen.

Stadtrat Ritter Michael, namens der FDP-Fraktion, teilt mit, dass man sich mit der Motion der EVP auseinandergesetzt hat. Die FDP-Fraktion hat es sich nicht einfach gemacht. Das Ziel Tempo 30 in den Wohnquartieren ist eigentlich richtig. Der Weg der EVP-Fraktion ist aber falsch. Die FDP-Fraktion unterstützt die Strategie des GR. Die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass die Versuche zur Einführung von Tempo 30 durch politische Entscheide bisher sehr zweifelhafte Resultate brachten. Längerfristig ist aber aus der persönlichen Sicht von Stadtrat Ritter Michael Tempo 30 in den Wohnquartieren Standard. Es ist eine Frage der Vorgehensweise. Jeder Versuch, in irgendeiner Form ein flächendeckender politischer Entscheid in dieser Frage herbeizuföhren, ist gescheitert. In der Stellungnahme des GR steht klar, dass die Exekutive, wenn es um die Sicherheit geht, eingreift und entscheidet. Es ist auch klar, dass das Quartier nicht übergangen werden kann. Zum Beispiel im Schlossmattquartier ist die Signalisation Zubringerdienst gestattet. Wenn man im Schlossmattquartier nun Tempo 30 einföhren würde, würde das bedeuten, dass man durchfahren darf. Das Vorgehen des GR, die Anwohner vorher zu fragen, ist richtig. Es wird nur von Wohnquartieren gesprochen. In Quartieren, wo die Interessen noch viel disparater sind, handelt es sich um eine andere Ausgangslage, wie zum Beispiel mit Geschäften und mit Unterhaltungsbereichen. Es wäre falsch, wenn das Stadtparlament entscheidet, welche Verkehrsordnung gilt und die Interessengruppen sowie Quartiervereine nicht angefragt würden. Deshalb muss die Motion abgelehnt werden. Der zweite Teil des Wortlautes muss ebenfalls abgelehnt werden. Der Zeitplan kann nicht eingehalten werden. Die FDP-Fraktion lehnt die Motion ab.

Stadtrat Leibundgut Remo, namens der SVP-Fraktion, schliesst sich im grossen und ganzen der Meinung des GR an. Die zeitliche Regelung ist nicht durchführbar. Der zweite Teil des Wortlautes wird deshalb abgelehnt. Zum ersten Teil hat es der Vorredner bereits angesprochen. Man muss klar unterscheiden zwischen sicherheitspolizeilicher Massnahmen, welche sofort umgesetzt werden müssen, und den verkehrspolitischen Massnahmen. Über die verkehrspolitischen Massnahmen reden wir heute. Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass Verkehrspolitik mit denen Leuten gemacht werden sollte, die es auch betrifft. Das Beispiel Schlossmatt wurde bereits erwähnt. Die SVP-Fraktion plädiert deshalb, sich dem Vorgehen des GR anzuschliessen. Die Quartierbewohner müssen schliesslich die Massnahmen tragen.

Stadtrat Grimm Christoph, namens der GFL-Fraktion, teilt mit, dass über den Zeitaspekt schon viel gesagt wurde und deshalb nicht mehr diskutiert werden muss. Der GR und die Motionäre sind sich grundsätzlich einig. Es ist wichtig, dass die Verkehrssicherheit an erster Priorität stehen muss. Im Lindenfeldquartier wird dieses Prinzip seit einem Jahr verletzt. Trotz Vorstössen wurde seit einem Jahr nichts mehr gemacht. Der Verkehr rollt weiter, trotz Schule. Der Wortlaut der Motion verlangt Tempo 30 oder ein solches Regime. Es wird also nicht von einer flächendeckenden Einführung von Tempo 30 gesprochen. Es geht darum, dass das Tempo sinnvoll abgestuft werden kann. Im Bereich von Schulen wäre Tempo 20 sinnvoll. Der SR wird gebeten, sich dies genau zu überlegen. Die Gemeinde bzw. die Baudirektion muss aktiv werden und nicht das Quartier. Ein Quartier mit einem schwachen Verein wäre benachteiligt. Es geht um die Sicherheit der Kinder und um den Langsamverkehr.

Stadtrat Berger Stefan, namens der SP-Fraktion, schliesst sich dem Vorredner an. Es geht wirklich nicht um die flächendeckende Einführung von Tempo 30. Es geht darum, dass man miteinander ein geeignetes Verkehrsregime sucht. Die SP-Fraktion unterstützt den ersten Teil des Wortlautes und lehnt den zweiten Teil des Wortlautes ab.

Gemeinderat Kolb Martin teilt mit, dass die Motionäre eingangs auf die Tränendrüsen gedrückt haben, weil die schönen Schnecken im Meienfeld auf Ansinnen der Baudirektion entfernt wurden. Der Quartierverein hat das Projekt Lebensraum Quartier ins Leben gerufen und begleitet, aber auch beendet. Im Meienfeld ist es ein gesellschaftliches Problem zwischen Jung und Alt. Die Jungen waren offen für solche Sachen, aber die alteingesessenen Anwohner waren dagegen. Genau dort zeigt sich die Problematik der ganzen Situation. Deshalb wurde das ganze Verkehrsregime mit der Strategie zu Grunde gelegt. Wenn die Grundlageakten gelesen worden sind, ist ersichtlich, dass der GR bei den Bildungsinstitutionen Begegnungszonen einführen will, darunter ist auch das Lindenfeld. Im gleichen Atemzug wird die Bevölkerung miteinbezogen, ob dieses Regime im Quartier allenfalls übernommen werden möchte. Dort muss aber die Bevölkerung Hand bieten. Der GR kann nicht über die Quartiere hinweg entscheiden.

Stadtrat Aeschlimann Martin, namens der EVP-Fraktion, teilt mit, dass dies genau das Problem ist. Das Quartier wird beauftragt, Massnahmen und Produkte zu erarbeiten und am Schluss darf das gleiche Quartier entscheiden, ob es diese Massnahmen will oder nicht. Der GR muss Führungsverantwortung übernehmen. Nachdem die Baudirektion informiert hat, kam plötzlich inoffiziell ein Fragebogen der Quartiervereins Meienfeld ins Haus geflattert. Im Fragebogen hätte man ausfüllen sollen, ob die hergestellten Elemente gebraucht werden oder nicht. Die Umfrage ist passiert und der GR hat bei der ersten Gelegenheit die Elemente entfernt. Dieses Vorgehen überzeugt nicht.

Stadträtin Reusser Gabriele, als Bewohnerin des Meienfelds, teilt mit, dass ihre Kinder ebenfalls mitgeholfen haben bei der Herstellung der verschiedenen Elementen. Es war eine tolle und gute Stimmung. Umso härter war es als eine solche Mitteilung eingetroffen ist. Beim Fragebogen war unklar woher dieser kam. Zumal bereits ein Fragebogen von einer Uni eingetroffen ist. Dazu kommt noch, dass am Anfang nicht der Quartierverein hauptsächlich involviert war, sondern eine Arbeitsgruppe. In dieser Arbeitsgruppe waren zwei Personen aus dem Quartierverein dabei. Diverse Personen haben sich von dieser Arbeitsgruppe zurückgezogen und mittlerweile hat auch der Vorstand des Quartiervereins geändert. Der Präsident wohnt im alten und nicht im neuen Teil des Meienfelds. Man hat das Gefühl, dass nicht nach dem Fragebogen, bei dem die Mehrheit für verkehrsberuhigende Massnahmen waren, sondern unklare Entscheide getroffen wurden. Die ganze Sache ist relativ unschön und hat auch im Quartier zu einer Spaltung geführt.

Stadtpräsident Dr. Haldimann Franz ist erstaunt. Die fehlende Kommunikation wird immer vorgeworfen. Aber sobald man ein grösseres Projekt hat und die Basis nicht miteinbezieht, hagelt es von der Mehrheit im Rat Vorwürfe. Und wenn die Basis miteinbezogen wird, werden die Meinungen zur

Kenntnis genommen. Es wird immer nur vom Negativen gesprochen. Der Rat sollte einmal alle Eingaben auf der Baudirektion einsehen. Der Verkehr ist ein sensibles Thema. Die Sicherheit ist am Wichtigsten. Dem GR wird der Vorwurf gemacht über die Köpfe des SR, der Vereine und Quartiere zu entscheiden. Im Bereich Altstadt gibt es zirka sieben Meinungen zum Verkehr in der Altstadt. Der GR versucht eine Führungsrolle einzunehmen, aber dies ist bei den vielen verschiedenen Meinungen sehr schwierig. Im Bereich Verkehr und Sicherheit muss auf eine Mehrheit im Quartier Rücksicht genommen werden. Wenn die Mehrheit im Quartier nicht zustande kommt, ist es ziemlich schwierig.

Gemeinderat Kummer Hugo informiert, dass im Meiefeld ein Problem unter der Bevölkerung besteht. Gemeinderat Kummer Hugo sowie Herr Hänsenberger Peter waren an einer Sitzung dabei. Hänsenberger Peter wurde richtig abgekanzelt und musste in Schutz genommen werden. Den Anwesenden musste erklärt werden, dass es so nicht geht. Die Anwesenden haben die Stadt beschuldigt, das Projekt beendet zu haben. Dem ist aber nicht so. Die Stadt hat dem Quartierverein Druck gemacht und erläutert, dass sie zuerst einmal einig werden müssen, was sie überhaupt wollen. Deshalb ist die Umfrage gemacht worden. Der Lead des Projektes hatte die Baudirektion aber nie. Die Baudirektion war lediglich zur Unterstützung dabei. Die alten Anwohner sind halt der Meinung, dass sie seit 40 Jahren keinen Unfall hatten und deshalb keine Massnahmen benötigen. Die Baudirektion ist am Abbruch des Projektes nicht schuld.

A b s t i m m u n g

1. Teil Wortlaut

Die Fraktion der EVP fordert den Gemeinderat auf, in allen Wohnquartieren der Stadt Burgdorf Tempo-30-Zonen oder verkehrs- und sicherheitstechnisch qualitativ mindestens gleichwertige Verkehrsregime mit entsprechender Rechtsgrundlage (z.B. Begegnungszonen) einzuführen.

Der Stadtrat überweist mit 18 Ja und 18 Nein Stimmen mit Stichentscheid des Stadtratspräsidenten den 1. Teil des Wortlautes an den Gemeinderat.

2. Teil Wortlaut

Die Einführung muss mehrheitlich bis Ende des Jahres 2008, in begründeten Fällen und in allen Quartieren spätestens bis Ende des Jahres 2009 umgesetzt werden.

Der Stadtrat lehnt mit 22 Nein Stimmen bei 14 Enthaltungen den 2. Teil des Wortlautes ab.

9. Verschiedenes und Unvorhergesehenes

Es werden folgende Parlamentarische Vorstösse und Aufträge eingereicht:

- Auftrag Michael Ritter (FDP) betreffend Verkehrsordnung in der Oberstadt
- Dringliche Motion EVP-Fraktion betreffend Einsetzung einer überparteilichen Kommission zur Entwicklung Oberstadt (Das Büro des Stadtrates lehnte die Dringlichkeit ab.)
- Motion EVP-Fraktion betreffend MINERGIE®-Standard für Neubauten und Gesamtanierungen von stadteigenen Liegenschaften
- Motion GFL-Fraktion betreffend Energiestandards von städtischen Gebäuden
- Interpellation Fraktion der Grünen Freien Liste betreffend Behinderungen auf dem Radweg entlang der Schützenmatte
- Interpellation Fraktion der Grünen Freien Liste betreffend Stand der Umsetzung Leitbild Integration
- Interpellation Francesco Rappa (SVP) betreffend „Parkplatzbewirtschaftungsfonds“
- Interpellation FDP-JF-Fraktion betreffend Umsetzung von „Police Bern“

Stadträtin Mumenthaler Mirjam teilt mit, dass die GFL noch ein taktischer Wechsel vor den Wahlen vollzieht. Stadträtin Mumenthaler Mirjam demissioniert per Ende Mai 2008 als Stadträtin. Dies macht sie mit einem weinenden und lachenden Auge. Als Nachfolgerin wird ab Juni 2008 Frau Kalbermatten Susanne im SR sitzen. An dieser Stelle alles Gute und viel Freude in diesem spannenden Amt. Stadträtin Mumenthaler Mirjam wird weiterhin Präsidentin der GFL bleiben. Der Dank gilt Stadtpräsident Dr. Haldimann Franz, dem GR und SR, den Mitarbeitenden der Verwaltung und den Medien für die gute und interessante Zusammenarbeit. Stadträtin Mumenthaler Mirjam freut sich auch weiterhin auf Treffen auf der politischen Ebene.

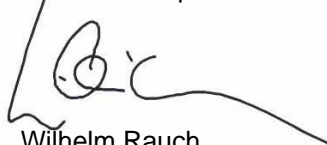
Stadtratspräsident Rauch Wilhelm teilt mit, dass für den Schlummertrunk im Stadthaus reserviert ist.

Schluss der Sitzung: 20.50 Uhr

NAMENS DES STADTRATES

Der Stadtratspräsident

Für das Protokoll



Wilhelm Rauch

Brigitte Henzi

Burgdorf, 5. Juni 2008 / hbr